



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 22, No. 8-9/2007

**abgeschlossen am
30. August 2007**

	<u>Seite</u>
1. Justizminister Alberto Gonzalez zurückgetreten	1
2. Congress verabschiedet <i>Lobbying-Reformgesetz</i>	2
3. Congress verabschiedet verbleibende Empfehlungen der <i>9/11-Commission</i>	3
4. Tauziehen um Irakpolitik geht in die nächste Runde	5
5. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Appropriations 2008</i>	7
6. Energieeinspargesetz vor schwierigen Beratungen im Vermittlungsausschuss	9
7. Bush droht mit Veto gegen Ausbau der Krankenversicherung für Kinder	11
8. Haushalt 2008 für <i>Homeland Security</i> im Vermittlungsausschuss	12

0. Der Congress befindet sich derzeit in der Sommerpause und wird seine Arbeit nach dem Labor Day am 4./5. September 2007 wieder aufnehmen.

1. Justizminister Alberto Gonzalez zurückgetreten

Attorney General Alberto R. Gonzales hat am 27. August 2007 seinen Rücktritt vom Amt des Justizministers öffentlich erklärt. Bereits am vorhergehenden Tag hatte er Präsident Bush ein Rücktrittsschreiben übergeben, das Bush widerspruchslos akzeptierte.

Gonzales zog damit die Konsequenzen aus der anhaltenden Kontroverse um seine Person und Amtsführung, die sich an einer Serie von Entlassungen von Bundesstaatsanwälten in den Einzelstaaten entzündet hatte, sich aber schnell auf seine generelle Glaubwürdigkeit als unabhängiger Wächter über die Gesetze und die Verfassung des Landes ausweitete (vgl. CR 5/2007, S. 7).

Das Bekanntwerden der Umstände der Entlassung mehrerer Bundesstaatsanwälte nach Bushs Wahlsieg 2004 hatte den Eindruck parteipolitischer Einflussnahmen auf den Justizapparat hinterlassen. Nach einer mehr als unbeholfenen Reaktion des Justizministeriums auf die Affäre und den Wahlsieg der Demokraten im November 2006 führte vor allem der Justizausschuss des Senats Anhörungen durch, die mit der Enthüllung weiterer Details über die Hintergründe zu einer Ausweitung der Kontroverse führten.

Der Justizminister beteuerte zunächst, er sei mit den Entlassungsverfahren bestenfalls am Rande vertraut gewesen, musste aber im Licht der sukzessiv zu Tage geförderten Informationen seine Aussagen mehrfach korrigieren. Dies resultierte in einem zunehmenden Vertrauensverlust im Congress, der bis weit in die Reihen der republikanischen Fraktionen reichte.

Während die Affäre zu Lähmungserscheinungen im Routinebetrieb des Justizministeriums und einer sichtlichen Demoralisierung des nicht-politischen Mitarbeiterstabs führte, stand vor allem für die Demokraten im Congress Gonzales persönliches Verhältnis zu Bush und sein politisiertes Amtsverständnis im Vordergrund.

Gonzales hatte nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu der Gruppe um Vizepräsident Dick Cheney gehört, die eine massive Ausweitung der Kompetenzansprüche der Exekutive propagierten. Unter den Vorzeichen des Krieges gegen den internationalen Terrorismus wurde ein unbedingter Dominanzanspruch des Präsidenten formuliert - ohne Kontrolle durch den Congress und die Justiz.

Dies ließ aus Sicht der Demokraten nicht erwarten, dass Justizminister Gonzales sich in dem erforderlichen Maß für die Einhaltung geltender Gesetze und der Wahrung der Verfassungsbalance zwischen den Institutionen einsetzen würde. Konkrete Formen gewannen diese Befürchtungen in den Auseinandersetzungen um ein geheimes Abhör-

programm der *National Security Agency* (NSA), das die Bestimmungen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978 unterläuft (Vgl. CR 11-12/2005, S 1).

Präsident Bush, der sich während der Auseinandersetzungen ohne Einschränkungen hinter seinen persönlichen Freund Alberto Gonzales gestellt hatte, bedauerte den Rücktritt und kritisierte die politische Kampagne der Opposition. Das Einlenken der Administration signalisiert jedoch die Einsicht, dass der Streit um Gonzales großen politischen Schaden angerichtet hat und die Verhandlungen um anhängige gesetzliche Neuregelungen der Geheimdienstarbeit merklich erschwert werden könnten.

Als mögliche Nachfolger Gonzales werden hoch profilierte Republikaner wie *Homeland Security Secretary* Michael Chertoff oder der frühere Senator und Leiter der *Drug Enforcement Agency* (DEA), Asa Hutchinson, genannt. Eine Entscheidung über die Besetzung dieser Schlüsselposition scheint jedoch noch nicht gefallen zu sein.

Mit dem Rücktritt von Alberto Gonzales und, kurz zuvor, des ebenfalls hoch umstrittenen politischen Beraters des Präsidenten, Karl Rove, bietet sich Bush zum Ende seiner zweiten Amtszeit erneut die Gelegenheit, eine Kurskorrektur einzuleiten.

Nach den bisherigen Erfahrungen wie der Auswechslung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld oder der des UN-Botschafters John R. Bolton kann davon ausgegangen werden, dass Bush hoch angesehene Persönlichkeiten für die Neubesetzungen benennen wird, seinen politischen Kurs aber grundsätzlich beizubehalten gedenkt.

2. Congress verabschiedet *Lobbying-Reformgesetz*

Der Congress hat Anfang August 2007 eine Reform der Verhaltensrichtlinien für seine Mitglieder, deren Mitarbeiter und Lobbyisten verabschiedet, die versucht, in den letzten Jahren scharf kritisierte Praktiken zu unterbinden oder zumindest für die Öffentlichkeit transparent zu machen.

Das Repräsentantenhaus nahm die Vorlage bereits am 31. Juli mit 411 gegen 8 Stimmen an. Der Senat folgte am 2. August mit 81 gegen 14 Stimmen. Der Präsident erhob keine Einwände gegen das Gesetz.

Im Einzelnen sieht das Gesetz vor, dass

- so genannte *earmarks*, direkte Geldzuweisungen für einzelne Projekte in den Einzelstaaten und Distrikten, im Senat in einer Datenbank zusammengefasst und zumindest 48 Stunden vor einer Abstimmung zugänglich gemacht werden (das Repräsentantenhaus regelt solche *earmarks* seit 2007 unter seiner Geschäftsordnung);

- Lobbyisten nun viertel- statt halbjährliche Tätigkeitsberichte vorlegen müssen, die in einer elektronischen Datenbank erfasst werden, auf die über das Internet zugegriffen werden kann;
- die Sperrfrist für die Aufnahme einer Lobbyingtätigkeit für Senatoren von ein auf zwei Jahre verlängert wird. Für Abgeordnete gilt unverändert ein Jahr, wobei führende Senatsmitarbeiter zukünftig für ein Jahr gesperrt werden;
- die Bündelung von Wahlkampfspenden der *Federal Election Commission* (FEC) gemeldet werden muss, wenn die Gesamtsumme innerhalb von sechs Monaten 15.000 USD überschreitet;
- Kandidaten für das Repräsentantenhaus die Nutzung von Privatflugzeugen Außenstehender untersagt wird und Kandidatinnen und Kandidatinnen für den Senat und die Präsidentschaft zukünftig solche zu den relativ teuren Charterflugtarifen abrechnen müssen (bisher galt hier das Äquivalent der 1. Klasse);

Während die breiten Mehrheiten für die Annahme des *Lobbying*-Reformgesetzes nahezu Einmütigkeit unter den Mitgliedern des Congress nahelegen, hatte es um die Verabschiedung ein längeres Tauziehen hinter den Kulissen gegeben (vgl. CR 1/2007, S. 5).

Insbesondere im Senat hatten fiskalkonservative Republikaner, denen die häufig genutzten *earmarks* aus haushaltspolitischen Gründen ein Dorn im Auge sind, auf schärferen Regeln bestanden. Sie zeigten sich von dem erzielten Kompromiss enttäuscht und stimmten aus diesem Grund zum Teil gegen das Gesetz.

Den demokratischen Führungsspitzen von Repräsentantenhaus und Senat um Nancy Pelosi (Cal.) und Harry Reid (Nev.) gelang es jedoch die Blockademanöver der konservativen Kritiker auszuhebeln und die Reform, die sie im Wahlkampf 2006 in Reaktion auf die anhaltende Skandalserie in Washington zu einer Priorität für den 110. Congress erklärt hatten, durchzusetzen.

Führende *Watchdog*-Gruppen begrüßten die Annahme der Gesetzesreform und kündigten an, dass sie die Arbeit von Congress und *Federal Election Commission* kritisch begleiten würden.

3. Congress verabschiedet verbleibende Empfehlungen der 9/11-Commission

Der Congress hat Ende Juli 2007 mit breiten Mehrheiten ein Gesetz verabschiedet, das eine Reihe bisher nicht umgesetzter Empfehlungen der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eingesetzten Untersuchungskommission (9/11-Commission) aufgreift.

Der Senat nahm den nach längerem Tauziehen zwischen Demokraten und Republikanern sowie Präsident und Congress ausgehandelten Kompromiss am 26. Juli 2007 mit 85 gegen 8 Stimmen an; das Repräsentantenhaus zog einen Tag später mit 371 zu 40 Stimmen nach (vgl. CR 2/2007, S. 5). Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz am 3. August 2007.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sehen vor, dass

- der Bund zusätzliche Mittel für die Sicherheitskräfte der Einzelstaaten, Städte und Kommunen bereitstellt, die nicht wie bisher gleichmäßig, sondern auf der Basis von Risikoeinschätzungen verteilt werden;
- die Überwachung und Kontrolle des Transports nuklearer und anderer gefährlicher Stoffe erheblich ausgeweitet wird.

Die demokratischen Mehrheiten im Congress mussten den republikanischen Fraktionen und der Administration im Angesicht eines von Präsident Bush angedrohten Vetos erhebliche Zugeständnisse einräumen.

Eine Mehrheit der Republikaner stimmte dem Gesetz erst zu, nachdem eine Klausel in den Text aufgenommen wurde, die Informanten der Sicherheitsbehörden vor Gerichtsverfahren von Seiten Betroffener schützt.

Eine vom Senat verabschiedete Offenlegung zumindest der Gesamtsummen der Geheimdienst- und Sicherheitsbudgets scheiterte am Widerstand der Administration. Das *Conference Committee* von Senat und Repräsentantenhaus handelte stattdessen einen Kompromiss aus. Danach werden die Globalzahlen dann offengelegt, wenn die Administration dem Congress in einem jährlichen Bericht nicht darlegt, warum dies die nationale Sicherheit gefährdet.

Die Verfechter der Gesetzesvorlage wie die führenden Vertreter der *9/11-Commission* begrüßten einhellig die Annahme, obwohl sie zahlreiche verwässernde Zugeständnisse monierten.

Ein offensichtliches Manko der bisherigen Gesetzgebung bleibt allerdings nach wie vor unbehandelt: Die von der 9/11-Commission angemahnte verstärkte Kontrolle des Sicherheitsapparates durch den Congress.

Angesichts der parteipolitischen Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern und den zunehmend scharfen Rivalitäten zwischen Congress und Administration ist eine Einigung über eine verstärkte Aufsichtsrolle der Legislative allerdings vor den Wahlen 2008 nicht zu erwarten.

4. Tauziehen um Irakpolitik geht in die nächste Runde

Nach der Rückkehr des Congress aus der Sommerpause dürfte die Auseinandersetzung um die Irakpolitik an zusätzlicher Schärfe gewinnen (vgl. CR 3-4/2007, S. 2), zumal der kommandierende General im Irak, David Petraeus, Mitte September 2007 einen Bericht über die erzielten Fortschritte im Irak vorlegen muss.

Dieser Bericht, der Teil des Ergänzungshaushalts 2007 für die laufenden Kriegskosten im Irak und in Afghanistan ist (vgl. CR 5/2007, S. 3), wird vom Congress und der amerikanischen Öffentlichkeit mit Spannung erwartet und soll Aufschluss über die von Präsident Bush Anfang des Jahres verfüigten Truppenaufstockungen geben (vgl. CR 2/2007, S. 1). Sie waren von den Demokraten heftig kritisiert worden, die auf einen Zeitplan für einen zeitnahen Abzug der US-Truppen aus dem Irak drängen, weil sie die militärische Intervention für samt und sonders gescheitert halten.

Für Aufsehen hat in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung eines neuen *National Intelligence Estimate* (NIE) zur Irakpolitik vom 17. August 2007 gesorgt. Sie kann im Internet unter http://www.dni.gov/press_releases/20070823_release.pdf eingesehen werden.

Die *National Intelligence Estimates* können vom Präsidenten, aber auch vom Congress angefordert werden und gelten als sehr wichtige nachrichtendienstliche Einschätzungen aktueller sicherheitspolitischer Problemlagen. Sie werden unter der Führung des *Director of National Intelligence* (DNI) in einem interministeriellen Prozess unter Beteiligung 16 verschiedener Dienste erarbeitet und sollen ein möglichst objektives Bild der Bedrohungslage aus Sicht der *Intelligence Community* zeichnen.

Das NIE mit dem Titel: "Prospects for Iraq's Stability: Some Security Progress but Political Reconciliation Elusive" beschäftigt sich mit der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Situation im Irak und macht Aussagen zur perspektivischen Entwicklung in den nächsten „sechs bis zwölf Monaten“ vor dem Hintergrund der „vergangenen sechs Monate“.

Dabei kommt die *Intelligence Community* im Einzelnen u.a. zu folgenden Einschätzungen:

- Die Sicherheitssituation im Irak hat sich seit dem letzten NIE im Januar 2007 messbar verbessert, allerdings ist das Ausmaß an Gewalt unverändert hoch und die irakische politische Führung ist nach wie vor nicht dazu in der Lage effektive politische Führungsleistungen zu erbringen;
- die ökonomische Situation, die Haushaltspolitik und die Staatsfinanzen weisen unverändert „strukturelle Probleme“ auf, die nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Wirtschaftswachstum und Lebensbedingungen verhindern;
- das Ausmaß an aufständischer Gewaltanwendung ist und wird während der kom-

- menden 6-12 Monate hoch bleiben;
- die irakischen Sicherheitskräfte sind unverändert nicht dazu in der Lage größere eigenständige Operationen durchzuführen und bedürfen weiterhin der logistischen und militärischen Unterstützung durch die Koalitionstruppen;
 - die Stellung der irakischen Regierung wird in den kommenden 6-12 Monaten noch instabiler werden;
 - die Anrainerstaaten des Irak werden versuchen ihren Einfluss im Land in Antizipation eines perspektivischen Truppenabzugs der Koalitionstreitkräfte zu erhöhen;
 - die Regierung in Teheran wird damit fortfahren Mittel, Waffen und Ausbildungshilfen für schiitische Rebellen im Irak zur Verfügung zu stellen;
 - die syrische Regierung wird versuchen ihren Einfluss im Irak zu erhöhen.

Insgesamt beurteilt die *Intelligence Community* die sicherheitspolitische Situation im Irak als unverändert düster, was auch im Untertitel des Dokuments in der Formulierung „Some Security Progress but Political Reconciliation Elusive“ unmissverständlich zum Ausdruck kommt.

Dies dürfte Wasser auf die Mühlen der Demokraten sein, die trotz ihrer Niederlagen im Kräfterennen mit Präsident Bush in der Irakpolitik während der vergangenen Monate weiter auf Konfrontation setzen.

Im Juli war es den Demokraten im Senat unter Führung von *Majority Leader* Harry Read (D-Nev.) nicht gelungen den Blockadekurs der Republikaner in der Irakpolitik zu brechen. Der Versuch, dem Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2008 (*Defense Authorization*) einen Zusatz anzufügen,

- der den Präsidenten innerhalb von 120 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes zum Beginn des Truppenabzugs aus dem Irak verpflichtet hätte,

scheiterte am Filibuster der Republikaner, das die Demokraten nicht brechen konnten, so dass der *Majority Leader* am Ende gezwungen war, die Beratungen über die *Defense Authorization* 2008 bis nach der Sommerpause im September zu vertagen.

Im Senat bedarf es nach der Geschäftsordnung einer Dreifünftel-Mehrheit von 60 Stimmen um eine Blockade des Entscheidungsprozesses mittels *Cloture* zu beenden. Dazu fehlten den Demokraten bei ihrem Versuch am 18. Juli 2007 aber insgesamt acht Stimmen.

Die Demokraten verfügen im 110. Congress im Senat nur über die hauchdünne Mehrheit von 51 Sitzen und verdanken ihren Mehrheitsstatus dem unabhängigen (früher demokratischen) Senator Joseph I. Lieberman aus Connecticut, der sich der demokrati-

schen Fraktion angeschlossen hat. Der aber macht aus seiner Ablehnung eines Truppenabzugs aus dem Irak bis 2008 keinen Hehl. Lieberman nahm in diesem Zusammenhang wie selbstverständlich an den täglichen Taktiksitzungen der republikanischen Minderheitsführung im Kampf gegen das von Carl Levin (D-Mich.) und Jack Reed (D-R.-I.) initiierte *Amendment* zum Truppenabzug aus dem Irak im Rahmen der Debatte über die *Defense Authorization* 2008 teil.

Majority Leader Reid warf den Republikanern pure Obstruktion vor, von denen sich schlussendlich nur vier dem *Cloture*-Begehren anschlossen. Dies waren die Senatorinnen Susan Collins und Olympia J. Snowe aus Maine sowie die Senatoren Chuck Hagel aus Nebraska und Gordon H. Smith aus Oregon. Am Ende musste Reid das Thema bis nach der Sommerpause vertagen, darauf hoffend, dass der Druck der amerikanischen Öffentlichkeit auf den Präsidenten zugunsten eines Truppenabzugs weiter zunimmt.

Der Präsident gibt sich jedoch unbeirrt und hat in mehreren Reden in den vergangenen Wochen vor einem Truppenabzug aus dem Irak gewarnt. Bush bediente sich dabei der Analogie zu Vietnam ebenso wie der Warnung vor einer weitgehenden Destabilisierung des Mittleren Ostens, falls die US-Truppen aus dem Irak abgezogen würden.

Im Repräsentantenhaus kündigte umgekehrt der einflussreiche Vorsitzende des *Appropriations Subcommittee on Defense*, John P. Murtha (D-Pa.), an, dass er die Beratungen über den Ergänzungshaushalt 2008 zur Deckung der laufenden Kriegskosten im Irak, für die Präsident Bush weitere 141 Mrd. USD angefordert hat, dazu nutzen will, um die Administration nach der Sommerpause zu einer Kursumkehr in ihrer Irakpolitik zu zwingen. In diesem Kontext werde es zur „eigentlichen Konfrontation mit dem Präsidenten“ kommen, erklärte Murtha.

5. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Appropriations* 2008

Das Repräsentantenhaus hat am 5. August 2007 seinen Entwurf für das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2008 (*Defense Appropriations for Fiscal Year 2008*) mit der überwältigenden Mehrheit von 395:13 Stimmen verabschiedet. Lediglich 12 Demokraten und 1 Republikaner stimmten gegen die Vorlage, die einen Gesamtumfang von 459,6 Mrd. USD hat.

Der Congress entscheidet im Rahmen der ihm qua Verfassung zugeschriebenen Budgethoheit (*power of the purse*) jährlich über die Höhe des Verteidigungshaushalts und zwar einmal der Sache („Defense Authorization“) und zum anderen der Höhe („Defense Appropriations“) nach. Dies geschieht in beiden Kammern, bevor die jeweiligen Vorlagen dann im Vermittlungsausschuss synchronisiert werden.

Der Senat hat seinen Genehmigungs- und Bewilligungsprozess des Verteidigungshaushalts 2008 noch nicht abgeschlossen, will dies aber nach der Sommerpause tun, wobei die dortigen Haushaltsberatungen durch die unvermindert scharfe Kontroverse

um die Irakpolitik (vgl. Punkt 3) kompliziert werden.

Das Repräsentantenhaus will mit Blick auf die Verteidigungsbewilligung 2008 (zur Verteidigungsgenehmigung 2008 der Kammer vgl. CR 5/2007, S. 6) 39,8 Mrd. USD mehr bewilligen als im laufenden Haushaltsjahr 2007, das rechnungstechnisch am 30. September endet.

Darin nicht enthalten sind die Mittelforderungen Präsident Bushs für die Militärinterventionen in Afghanistan und Irak in Höhe von 141,7 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2008, über die der Congress nach der Sommerpause in einer getrennten Ergänzungsbewilligung im September beraten und entscheiden will.

Im Einzelnen sieht der Bewilligungsgesetzentwurf (Defense Appropriations) des Repräsentantenhauses u.a. vor:

- 137,1 Mrd. USD (9,8 Mrd. mehr als 2007) für die Einsatzbereitschaft und Unterhaltung der Streitkräfte;
- 105 Mrd. USD (eine Steigerung um 5,3 Mrd. gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr) für Personalkosten;
- 99,6 Mrd. (18,7 Mrd. USD mehr) für die Beschaffung neuer Waffensysteme;
- 76,2 Mrd. USD (gegenüber derzeit 75,7 Mrd. USD) für die Forschung und Entwicklung;
- 22,9 Mrd. USD für Krankenversicherungs- und Gesundheitsfürsorgeprogramme der Soldatinnen und Soldaten, etwa 400 Mio. mehr als derzeit auf diesen Haushaltsposten entfallen.

Zwei kontroverse Zusätze wurden zurückgestellt und sollen im Rahmen der Ergänzungsbewilligung für die laufenden Kriegskosten in Afghanistan und im Irak nach der Sommerpause behandelt werden.

Das erste Amendment zielt darauf ab, dass Gefangenenlager *Guantanamo* binnen 180 Tagen zu schließen (vgl. auch CR 2/2007, S. 7). Es wurde Anfang 2002 von der Administration im Rahmen ihrer Strategie der *Preventive Detention* im Krieg gegen den internationalen Terrorismus eingerichtet. Kritiker haben immer wieder auf die Menschenrechts- und Verfassungsproblematik hingewiesen und eine Schließung der Einrichtung verlangt.

Der zweite Zusatz würde eine Frist für den Abzug sämtlicher Truppen aus dem Irak (einschließlich der vom Pentagon finanzierten privaten Subunternehmer) setzen (vgl. CR 5/2007, S. 3). Außerdem würde er den Präsidenten darauf verpflichten, dem Congress einen Friedensplan für den Nahen Osten vorzulegen.

Während die demokratische Mehrheitsführung diese Zusätze aus abstimmungstaktischen Gründen zurückstellte, ging sie an anderer Stelle einem Kräftemessen mit der Administration nicht aus dem Weg. So wurden die Mittel für *Ballistic Missile Defense* reduziert, wobei davon vor allem die Mittel für die geplante Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Polen betroffen wären.

Ob damit allerdings wirklich ein Kurswechsel in den Plänen des Verteidigungsministeriums einhergeht, bleibt abzuwarten. Der Senat hat über seine Bewilligungsvorlage noch nicht entschieden und Präsident Bush könnte eine Bewilligungsgesetzvorlage, die sich zu sehr in das *micromanagement* des geplanten Rüstungshaushalts 2008 einmischt, mit einem Veto belegen.

6. Energieeinspargesetz vor schwierigen Beratungen im Vermittlungsausschuss

Das Repräsentantenhaus hat am 4. August 2007 seine Vorlage für ein umfangreiches Energieeinspargesetz verabschiedet, die im Kern darauf abzielt,

- die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energieträgern in den kommenden 12 Jahren (bis 2020) auf 15 Prozent des nationalen Gesamtbedarfs zu erhöhen.

Für die kontrovers diskutierte Vorlage, die auf eine Initiative von Tom Udall (D-N.M.) zurückgeht, sprachen sich 220 Mitglieder des Repräsentantenhauses aus, während 190 Abgeordnete gegen den geplanten Ausbau erneuerbarer Energien votierten. Das Abstimmungsverhalten wurde dabei weniger von parteipolitischen Überlegungen als vielmehr von regionalen Interessenkonstellationen überlagert.

Innerhalb der demokratischen Mehrheitsfraktion stimmten 188 Abgeordnete für und 38 gegen die Vorlage. Auf Seiten der Republikaner verweherten 152 Fraktionsmitglieder der Gesetzesinitiative ihre Unterstützung, während sich 32 Republikaner für den Ausbau erneuerbarer Energien aussprachen.

Allerdings verweigerten innerhalb der demokratischen Fraktion drei einflussreiche Ausschussvorsitzende der Vorlage ihre Unterstützung. Dabei handelt sich um John D. Dingell (Mich.), Vorsitzender des *Committee on Energy and Commerce*, Bart Gordon (Tenn.), Chairman des *Committee on Science and Technology*, und Nick Rahall, Vorsitzender des *Committee on Natural Resources*. Auch der Fraktionsgeschäftsführer der Demokraten, James Clyburn (S.C.), stimmte gegen den Ausbau erneuerbarer Energien bis 2020, weil er für seinen Bundesstaat Wettbewerbsnachteile mit Blick auf die Solarenergie befürchtet.

Das weitere Abstimmungsverhalten dieser vier mächtigen Demokraten wird schlussendlich vom Ergebnis der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss abhängen. Der Senat hat sich in seiner Vorlage Ende Juni 2007 (vgl. CR 6-7/2007, S. 4) ebenfalls für die Stärkung erneuerbarer Energieträger ausgesprochen, so dass eine Einigung zwi-

schen den Verhandlungsführern beider Kammern in dieser Frage zügig zu erreichen sein sollte.

Bei weitem schwieriger dürften sich die Verhandlungen zwischen beiden Kammern in der Frage der Besteuerung von Gas und Öl fördernden Unternehmen erweisen. Hier will das Repräsentantenhaus bestehende Steuervergünstigungen zum Teil zurücknehmen, was zu Mehreinnahmen des Bundes von 11,4 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren führen soll. Eine entsprechende Entscheidung fiel im Repräsentantenhaus mit 221:189 Stimmen, wobei die Demokraten nahezu geschlossen (212 Ja-Stimmen bei nur 11 Neinstimmen) *für* die Einschränkung bestehender Steuererleichterungen und die Republikaner umgekehrt in großen Teilen (178:9 Stimmen) *dagegen* stimmten. Allerdings hat der Senat in seiner Vorlage zum Energiespargesetz auf eine zusätzliche Besteuerung der amerikanischen Öl- und Gasindustrie verzichtet, so dass schwierige Verhandlungen im Vermittlungsausschuss in dieser Frage bevorstehen dürften.

Umstritten zwischen beiden Kammern dürfte auch die vom Repräsentantenhaus beschlossene Schaffung eines *green bond fund* sein, der den Einzelstaaten und Kommunen bei der Förderung alternativer Energieträger zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen soll.

Inwieweit die verbesserten Energiestandards für Benzinmotoren, die in den Gesetzesvorlagen beider Kammern vorgesehen sind, schlussendlich die Zustimmung beider Kammern finden werden, bleibt abzuwarten. Hier läuft die amerikanische Autoindustrie Sturm, die Wettbewerbsprobleme geltend macht. In den demokratischen Reihen hat John Dingell aus Michigan in diesem Zusammenhang angedeutet, dass seine Unterstützung für die Endversion des Gesetzes keinesfalls gesichert ist.

Ablehnung kommt unvermindert auch von Demokraten aus Öl und Gas fördernden Bundesstaaten wie Gene Green und Henry Cuellar (beide Texas). Sie sind sich mit einem Großteil der Republikaner darin einig, dass durch das Energiespargesetz die heimische Energieproduktion beschädigt werden könnte und verweisen auf eine Vetodrohung Präsident Bushs. *Minority Leader* John A. Boehner (R-Ohio) im Repräsentantenhaus geißelte die nun im Vermittlungsausschuss anhängige Vorlage gar als Werk „radikaler Umweltschützer“, welches Steuern zugunsten „grüner Klientelprodukte“ vorsehe und die „Lebenslinien der amerikanischen Wirtschaft“ bedrohe.

Demgegenüber kündigte *Madam Speaker* Nancy Pelosi (D-Cal.) im Repräsentantenhaus an, dass die Demokraten allen Unkenrufen von Wettbewerbsnachteilen und Arbeitsplatzverlusten zum Trotz an ihrem Einsatz für energieeffizientere und alternative Technologien festhalten und einer politischen Auseinandersetzung nicht aus dem Weg gehen würden. Der Gang der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss um das Energiespargesetz dürfte dennoch kompliziert und langwierig werden.

7. Bush droht mit Veto gegen Ausbau der Krankenversicherung für Kinder

Repräsentantenhaus und Senat haben Anfang August 2007 Gesetzesvorlagen angenommen, die in unterschiedlichen Varianten eine erhebliche Ausweitung des staatlichen Krankenversicherungsangebots für Kinder und Jugendliche vorsehen. Präsident Bush hat wegen grundsätzlicher Bedenken gegen beide Vorlagen ein Veto angedroht.

Das *State Children's Health Insurance Program* (S-CHIP) erlaubt den Einzelstaaten die Einrichtung von Krankenversicherungsprogrammen für Minderjährige aus einkommensschwachen Familien, die zu einem großen Teil aus Bundesmitteln finanziert werden. Das Programm war 1997, nach dem Scheitern des Versuchs einer großen Gesundheitsreform unter Präsident Bill Clinton, mit Unterstützung aus beiden Parteien verabschiedet worden.

Das Repräsentantenhaus hat am 1. August 2007 mit 225 gegen 204 Stimmen eine Vorlage angenommen, die die für S-CHIP zur Verfügung stehenden Mittel um 47,4 Mrd. USD in den kommenden fünf Jahren aufstockt. Dies soll die Versicherung von zusätzlichen 7,5 Mio. Kindern ermöglichen.

Der Senat hat einen Tag darauf mit 68 gegen 31 Stimmen einen Alternativvorschlag verabschiedet, der 35 Mrd. USD an zusätzlichen Mittel und eine Ausweitung der Versicherungsabdeckung um 6,1 Mio. Kinder vorsieht.

Der vor allem von den Demokraten getragene Vorstoß zu einem Ausbau von S-CHIP reflektiert zum einen den Umstand, dass ungeachtet der gesetzlichen Ansprüche nach wie vor mehrere Millionen Kinder aus einkommensschwachen Familien nicht krankenversichert sind. Zum anderen soll die Initiative jedoch auch dem Trend entgegenwirken, dass selbst in Jahren wachsender Einkommen und Beschäftigung der Anteil der Bevölkerung ohne Krankenversicherung beständig zunimmt.

Der jüngste Armutsbericht der Regierung weist für 2006 einen erneuten Anstieg der Personen ohne Krankenversicherung auf 47 Mio. (44,8 Mio. in 2005) aus, darunter 8,7 Mio. Kinder und Jugendliche.

Die Bush-Administration wie die konservative Mehrheit der republikanischen Fraktionen im Congress erheben gegen diesen massiven Ausbau von S-CHIP grundsätzliche, politisch-ideologische Einwände. Sie sind nicht nur gegen einen weiteren Ausbau der Rolle des Staates im Sozialbereich, sondern befürchten auch, dass staatliche Versicherungsangebote den Trend zu einem Abbau der Krankenversicherung über private Arbeitgeber verstärken.

Die Administration hat gegenüber dem Congress nur eine geringfügige Aufstockung der verfügbaren Mittel um 1 Mrd. USD jährlich vorgeschlagen und fordert die Einführung von strikten Obergrenzen für die Programme der Einzelstaaten, die teilweise Familien mit Einkommen des vierfachen der offiziellen Armutsgrenze in das Programm einbeziehen.

Ungeachtet mahnender Stimmen selbst von republikanischer Seite wie von Senator Charles E. Grassley (Iowa), dem führenden Vertreter der Minderheit im zuständigen Finanzausschuss, will Bush deswegen an seiner harten Linie festhalten.

Für die Republikaner birgt das Festhalten am Veto-Kurs der Administration mit Blick auf die kommenden Wahlen 2008 jedoch erhebliche politische Risiken. Der wachsende Kostendruck im Gesundheitsbereich bedroht zunehmend auch gut situierte Familien mit dem Verlust des Versicherungsschutzes. Entsprechend wächst der Druck auf politische Lösungsangebote merklich, auch wenn unverändert kein Konsens über den einzuschlagenden Kurs besteht.

8. Haushalt 2008 für *Homeland Security* im Vermittlungsausschuss

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 6-7/2007, S. 5) hat auch der Senat seine Bewilligungsgesetzgebung 2008 für *Homeland Security* abgeschlossen. Eine entsprechende Vorlage (*Homeland Security Appropriations for Fiscal Year 2008, House Resolution 2638*) wurde von der Kammer am 26. Juli 2007 mit der großen überparteilichen Mehrheit von 89:4 Stimmen angenommen. Lediglich vier Republikaner stimmten gegen die Verabschiedung des Haushaltsbewilligungsgesetzes 2008 für die innere Sicherheit.

Die Verhandlungen zwischen beiden Kammern im Vermittlungsausschuss dürften dadurch kompliziert werden, dass der Senat in seiner Entscheidung deutlich über die Budgetvorstellungen des Repräsentantenhauses hinausgegangen ist. Insgesamt liegt die Mittelbewilligung bei 40,6 Mrd. USD, fast 3 Mrd. mehr als vom Repräsentantenhaus in seiner Bewilligungsentscheidung angesetzt.

Die zusätzlichen Mittel, die auf einen Zusatz des republikanischen Senators Lindsey Graham (S.C.) zurückgehen, sollen als *emergency funding* für die Grenzsicherung eingesetzt werden (siehe in diesem Zusammenhang auch CR 6-7/2007, S. 1) und wurden mit 89:1 Stimmen vom Senat gebilligt.

Im Einzelnen sollen diese Mittel u.a. eingesetzt werden für

- die Einstellung von 23.000 zusätzlichen Grenzschutzbeamten, die Installation von Radarkameras und den Bau eines 700 Meilen langen Grenzzaunes an der amerikanisch-mexikanischen Grenze.

Befürworter der zusätzlichen Mittelbewilligung für *Homeland Security* wie der Senator John Cornyn (R-Texas) begründeten die Senatsentscheidung mit dem akuten Notstand im Bereich innere Sicherheit, insbesondere im Bereich der Grenzsicherung gegenüber Mexiko.

Cornyn (R-Texas) wollte dem Bewilligungsgesetz darüber hinaus einen Zusatz beifügen, der das *Department of Homeland Security* darauf verpflichtet hätte, nicht-amerikanische Staatsbürger zu internieren, falls sie ihre Visaauflagen verletzen. Der Republikaner konnte sich mit seiner Initiative jedoch nicht durchsetzen und verzichtete schlussendlich auf eine Abstimmung.

Die Administration kritisierte die Senatsentscheidung als „exzessiv“ und kündigte ein Veto des Präsidenten an. Allerdings zeigten sich Demokraten *und* Republikaner im Senat zuversichtlich, dass sie ein Veto Präsident Bushs mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit überstimmen können. Ob die Verhandlungsführer des Repräsentantenhauses dieser Position im Vermittlungsausschuss folgen werden, bleibt indes abzuwarten.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report